

Landesverband Berlin

Starkes Deutschland

Deutschland steht im internationalen Vergleich gut da, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch aus Arbeitnehmersicht, dank der guten Arbeit unter Führung von Angela Merkel:

- **Rekordbeschäftigung:** Mit rund 43,5 Mio. Erwerbstätigen herrscht in Deutschland die höchste Beschäftigungsquote seit jeher. Inbegriffen ist darin auch ein deutlicher Rückgang bei befristeter und geringfügiger Beschäftigung um knapp 7 %.
- **Geringste Arbeitslosigkeit:** Mit 6,1 Prozent haben wir die geringste Arbeitslosenquote in der gesamten EU. Mit unter 2,8 Mio. Arbeitslosen in 2015 entspricht das einem Rückgang von über 100.000 Arbeitslosen im Vergleich zu 2014.
- **Anstieg der Reallöhne** um 4,3 Prozent seit 2013: Stärkere Anstiege gab es zuletzt vor 20 Jahren, Tendenz steigend.

- **Einführung von Mindestlohn** und Kopplung der Höhe an Mindestlohnkommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
- **Höchste Rentenanpassung** in 2016 seit 23 Jahren mit monatlich durchschnittlich 54 Euro mehr.
- **Entlastung der Leistungsträger:** Ab 2016 werden Arbeitnehmer und Familien um über 5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden u. a. durch den Abbau der kalten Progression sowie Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes.
- **Und zu guter Letzt:** Keine neuen Schulden! Die schwarze Null steht seit dem Bundeshaushalt 2013 und ist auch für 2017 vorgesehen!

Klaus-Dieter Gröhler MdB

Dienstleistung gesucht

Wer hat sich in den letzten Jahren nicht darüber geärgert: Dienstleistungen von Vater Staat waren nur unter erschwerten Bedingungen zu bekommen. Waren es Leistungen der Bürgerämter, Beratungen in den Stadtplanungs- und Bauämtern, Pflege von Grünanlagen und Kinderspielflächen – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Schuld daran waren aber nicht die Bezirke und schon gar nicht die Beschäftigten – sondern die langjährige Praxis der rot-roten Senate, die jahrzehntelang „sparen bis es quietscht“ (Zitat: Wowereit) verordnet hatten.

Fortsetzung auf Seite 2

Der Mindestlohn – ein Erfolg der CDA - Politik

Die CDA hat 2011 mit ihrer Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“ in der CDU den Weg für den Mindestlohn bereitet. Ca. vier Millionen Arbeitnehmer/innen sind vom gesetzlichen Mindestlohn betroffen. Durch seine Einführung wird bundesweit gut jeder zehnte Job besser bezahlt. In Ostdeutschland sogar jeder fünfte. Das zeigt, wie notwendig die Einführung war.

Viele kritisieren nun die für nächstes Jahr beschlossene Erhöhung des Mindestlohns um 34 Cent auf 8,84 € als zu niedrig, mit 4 % orientiert sie sich aber nachlaufend an der Tarifentwicklung.

Arbeitgeber prophezeiten, der Mindestlohn würde Hunderttausende Arbeitsplätze kosten und Einkommensverluste für die Beschäftigten bringen, die vom Mindestlohn nicht betroffen seien. Die Fakten sehen dagegen so aus: Bis zu vier Millionen Menschen in Deutschland bekommen den Mindestlohn und bisher gibt es keinerlei ökonomische Verwerfungen oder Arbeitsplatzverluste.

Inzwischen gibt es die ersten Urteile des Bundesarbeitsgerichtes zum Thema Mindestlohn. Dabei wurde grundsätzlich der Anspruch auf Mindestlohn bei der Vergütung von Bereitschaftszeiten bestätigt, leider aber auch die Anrechnung von Sonderzahlungen auf den Mindestlohn für zulässig erklärt. Die CDA lehnt eine solche Anrechnung von Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld ab, da sonst der Mindestlohneffekt verpufft.

Die CDA wird sich auch weiterhin energisch für die konsequente Anwendung des Mindestlohns einsetzen.

Joachim Specht



Freihandel ja, aber nicht um jeden Preis Für uns muss der Mensch im Mittelpunkt stehen

Die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten sind gefordert sich dafür einzusetzen, dass weder TTIP noch CETA ohne Beratung und Zustimmung der nationalen Parlamente, wie von der EU-Kommission angestrebt, in Kraft tritt.

Im Interesse der Bürger muss sich der Bundestag kritisch mit TTIP/CETA auseinandersetzen.



Bei Arbeitnehmerrechten und Verbraucherinteressen darf es keine Abstriche geben. Die Geltung der Arbeitnehmerrechte muss bei TTIP/CETA durchgesetzt werden. Hier geht es u.a. um die Koalitionsfreiheit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau und das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt (ILO Kernarbeitsnormen).

Ziel sollte es sein, überall für eine Verbesserung des Schutzes von Arbeitnehmerrechten zu sorgen. Das heißt, überall Standards für Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte auf dem höchsten Niveau, das bislang in einem Land erreicht wurde.

Fortsetzung von Seite 1

Erst mit der CDU im Senat gab es hier – auch auf Betreiben der CDA – ein Umdenken. Seit rund 18 Monaten gibt es wieder zielgerichtete Personalzuwächse in den Bezirken angesichts „Wachsender Stadt“ und Flüchtlingsproblematik. Insbesondere in den Bürgerämtern und in den Bau-

Private Schiedsgerichte führen zu einer Paralleljustiz. Gegen demokratisch gefasste Beschlüsse, wie z.B. die Erhöhung des Mindestlohns, dürfen Konzerne aus unserer Sicht keine angeblich entgangenen Gewinne einklagen. Die Bundesrepublik Deutschland könnte dann vom Schiedsgericht vor die Wahl gestellt werden, Schadensersatz zu zahlen oder die Erhöhung des Mindestlohns zurückzunehmen. Das „Einfrieren“ von Standards z.B. bei den Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten oder dem Umweltschutz auf dem „Status Quo“ verhindert jegliche Verbesserung.

Eine „Vorab-Begutachtung“ von Gesetzesvorhaben durch einen demokratisch nicht legitimierten transatlantischen „Regulierungsrat“, stellt eine politische Selbstentmachtung der Parlamente dar.

Lobbyisten werden zu Gesetzgebern, Parlamente können im Wesentlichen nur noch abnicken. Bürgerbegehren und Volksentscheide werden ad absurdum geführt.

Vorsorgender Verbraucherschutz wie er in Europa geregelt ist, verhindert Schäden und sorgt so für ein höheres Verbraucherschutzniveau (Vorsorgeprinzip gemäß EU-VO Nr. 178/2002). „Hinreichende Sicherheit“, dass kein Schaden zu erwarten ist und Regulierungsmaßnahmen erst dann greifen, wenn es Gewissheit oder den empirisch erbrachten Nachweis für tatsächlich entstandenen Schaden gibt, birgt größere Risiken und bürdet dem geschädigten Verbraucher die Beweislast auf (Nachsorgeprinzip gemäß US-Recht).

Gabriele Gaßner

bereichen, aber auch bei den Dienstleistungen im Jugend-, Gesundheits- und Sozialsektor gibt es mehr Personal. Das ist auch dringend nötig, damit die Bürgerinnen und Bürger für ihre Steuern auch bekommen, was ihnen zusteht: eine ordentliche kundenorientierte Dienstleistung ihrer Verwaltung.

Dagmar König

Mutige Industriepolitiker braucht die Stadt!

Die großen Trends Energiewende, E-Mobilität und Digitalisierung wirken sich auch auf die Fabriken in unserer Stadt aus. Manche wichtige Exportmärkte hängen durch. Im Nahen Osten kann in vielen Ländern nur mit militärischem Schutz gearbeitet werden. Arbeitsvisa für Monteure brauchen manchmal Monate! Manager schneiden „unwirtschaftliche“ Geschäftsmodelle mit scharfem Messer zurück. Kostensenker haben Oberwasser. Der Druck auf Gehälter ist hoch. Betriebsleitungen reagieren mit Werkverträgen und Betriebsübergängen – meist zu schlechteren Entgeltbedingungen.

Doch Lohn- und Sozialdumping löst keine Probleme, sondern verschärft sie. Gefragt sind zukunftsweisende Konzepte: Kolleginnen und Kollegen sind zeitnah für Branchen umzuschulen, in denen dringender Bedarf besteht. Es gilt, viele internationale Zuzügler zu integrieren. Der Bildungsbereich wächst stark, zumal Berlin attraktiv ist. Die Hochschulen, das duale Bildungssystem mit seinen starken Verbundausbildern und auch andere Bildungsträger bis hin zu den Volkshochschulen sind gefordert. Die altbekannten Unternehmen suchen zunehmend den Kontakt zu den boomenden Start-Ups. Lobby- und IT-Abteilungen stocken ihre Mitarbeiter auf.

Betriebsräte und Gewerkschafter sind gut ausgelastet bei der innovativen Mitgestaltung und sozialen Abfederung dieses Wandels. Die IG Metall ist führend bei der Betreuung von dem neuen Berufsbild der Crowdworker. Streiks bleiben für Gewerkschaft-

V.i.S.d.P.:

CDU-Sozialausschüsse (CDA)
Landesverband Berlin
Dagmar König
-Landesvorsitzende-
Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin

Bilder: Kristina Wagner, Olaf Lemke
S.2 ob. Quelle: msmedia/piqza,
S.3 li. prspics/piqza



CDA Berlin steht für ein vielfältiges Bildungssystem

ten ein wichtiges Instrument der Tarifpolitik, aber politische Vernetzung spielt für die Durchsetzung der Interessen der Mitglieder eine zunehmende Rolle. In Berlin ist viel zu bewegen, da hier aktive Gewerkschafter auch in den Parteien vernetzt sind. Übrigens brauchen auch wir Christlich-Soziale uns da nicht zu verstecken! Die CDA Berlin ist gendemäßig gut aufgestellt, hat Gewicht und sorgt für ein modernes und soziales Erscheinungsbild der Union.

In der Politik gibt es das Grundprinzip, dass man zur Gestaltung immer eine Mehrheit braucht. Und so ist es eine Binsenweisheit, dass sich die meisten Themen nur mit Zustimmung der CDU bewegen. Und das ist gut so!

Philipp Seehofer

Sie haben Interesse auch an weiteren Politikfeldern?

Sie möchten mehr erfahren?

Unser Drehbuch für die nächsten fünf Regierungsjahre finden Sie unter:

<https://starkes.berlin/>



Bildung formt einen Menschen in seiner Entwicklung, sie lässt einen jungen Menschen Fragen stellen, Antworten finden, wieder verwerfen und sie neu finden. Sie bietet die Grundlage für ein selbstbestimmtes und damit selbstbewusstes Leben in unserer (Wissens)Gesellschaft. Neben der Familie ist ganz sicher die Schule der entscheidende Ort, an dem unseren jungen Menschen Wissen vermittelt wird. Hier können ihre individuellen Fähigkeiten, ihre Talente gezielt gefördert werden und Neugier angeregt werden. Die Schule bereitet sie für den weiteren Lebensweg im Beruf vor.

Vor dem Hintergrund einer heterogenen Berliner Bevölkerung müssen wir als politisch Verantwortliche dafür sorgen, dass ein leistungsfähiges, chancengerechtes Bildungssystem allen gleichermaßen zur Verfügung steht.

So vielfältig wie unsere Berliner Gesellschaft, so vielfältig ist nach wie vor unser Schul- und Bildungssystem. Diese Vielfalt ist ein großer Vorteil, sie bietet uns als Bürgern die Wahl, die für unsere jungen Menschen individuell passende Schulform zu wählen. Gleichzeitig bietet die Durchlässigkeit die Möglichkeit, die Auswahl jederzeit anzupassen. Zudem haben Eltern ganz unterschiedliche Erwartungen an die Schulform für ihre Kinder, ob Grundschule von Schuljahr 1-6 oder ab Klasse 5 bereits auf ein grundständiges Gymnasium. Viele Eltern präferieren die Gemeinschaftsschule, die sich z.Z. noch in einer Testphase befindet.

In jedem Fall stehen die Berliner Union und die CDA Berlin für die Vielfalt. Wir halten nichts von einer ideologisierten Schulpolitik der linken Parteien. Eine Einheitsschule verkürzt die Möglichkeiten von Schule auf eine bestimmte Form und schränkt Entfaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen ein. Aus diesem Grund sind wir für eine Mischung von verschiedenen Schulformen, die sich gegenseitig ergänzen und den Schülerinnen und Schülern die größte Vielfalt bieten.

Dazu gehören unsere Grundschulen, die weiterführenden Schulen bis zur 10. Klasse, die ISS und Gemeinschaftsschulen, aber dazu gehören natürlich auch die Gymnasien sowie das Angebot von Schulen in freier Trägerschaft. Berlin wächst in einem gewaltigen Tempo, d.h. in den kommenden Jahren sind in vielen Bezirken neue Schulen nötig. Die Frage, welche Schulform an einem konkreten Ort neu zu schaffen ist, sollte ergebnisoffen geprüft und vom konkreten Bedarf abhängig gemacht werden. Dabei ist der Wunsch der Eltern und Schüler zu berücksichtigen!



Aber neben der Schulform sind weitere Aspekte nicht zu vernachlässigen. Dazu gehören in erster Linie die baulichen und räumlichen Voraussetzungen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in den Bezirken ein gewaltiger Sanierungsstau aufgebaut. Viel zu lang wurden dringend benötigte Investitionsmittel für Schulsanierungen zur Haushaltssanierung genutzt. Der rot-schwarze Senat hat aufgrund der positiven Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren die Möglichkeit gehabt, erste Zeichen des Umsteuerns zu setzen und die Voraussetzungen geschaffen, die Bezirke in die Lage zu versetzen, dringend benötigte Renovierungen zu beginnen. Diese Entwicklung muss sich verstetigen. Dazu gehören im Übrigen auch die Sporthallen und -plätze und die außerschulischen Lernorte, wie z.B. Schul-Umwelt-Zentren oder auch Jugendverkehrsschulen, die wir ebenso sukzessive in einen angemessenen, nicht zuletzt auch barrierefreien Zustand versetzen müssen.

Olaf Lemke

Flüchtlingspolitik – Integration in Ausbildung und Arbeit ist vorrangiges Ziel!

Wie kann man die vielen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns fliehen, dauerhaft und erfolgreich in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integrieren?

Wie können wir erreichen, dass sie sich mit uns und unseren Werten identifizieren?

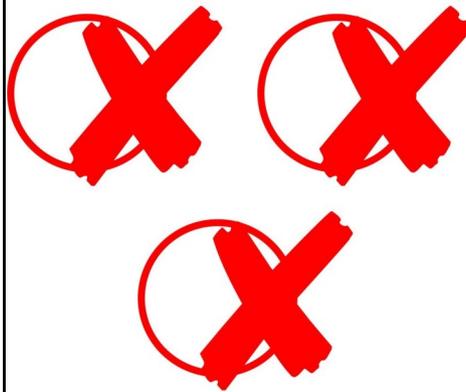


Wie wir Integration organisieren, finanzieren und leben, ist der beste Schutz gegen Perspektivlosigkeit und Parallelgesellschaften. Für uns als CDA liegt der Schlüssel zu einer gelungenen Integration in der Teilhabe am Arbeitsmarkt. 79.034 Flüchtlinge sind 2015 in Berlin angekommen. 54.325 blieben hier, um Asyl zu beantragen. Unter ihnen sind viele junge Menschen. Ihnen sollten wir so schnell wie möglich mit einer guten dualen Ausbildung ihr „Rüstzeug“ für das weitere (Arbeits-)leben geben. Ob sie hier in Berlin für sich eine Zukunft sehen, oder später zurück in ihre Heimatländer gehen, ganz gleich: mit einer dualen Ausbildung sind sie hier wie dort in der Lage, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dennoch wird die Integration in Ausbildung ein immenser Kraftakt werden. Nötig ist ein strukturierter Prozess, in dem die Qualifikationen der Geflüchteten erfasst werden, sie unsere Sprache und unsere Ausbildungsberufe kennenlernen. Und wir dürfen dabei nicht die einheimischen Jugendlichen aus dem Blick verlieren. Vielen von ihnen gelingt der Sprung von der Schule in Ausbildung auch nicht einfach ebenso. Wir haben also zwei Gruppen am Ausbildungsmarkt, die unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung gleichermaßen benötigen. Da darf es kein Auspielen der einen gegen die andere Gruppe geben!

Deshalb müssen alle Maßnahmen am Ausbildungsmarkt für alle jungen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen! Die CDA will, dass niemand verdrängt wird, dass es keine Bildungskonkurrenz gibt und dass am Ende alle profitieren können. Das kann mit zusätzlichen Ausbildungsplätzen gelingen. Hier sind die Berliner Arbeitgeber noch mehr in der Verantwortung als in der Vergangenheit. Und auch die Sozialpartner sind gefragt, wenn es z.B. um einen schnelleren Zugang junger Geflüchteter zu ausbildungsbegleitenden Hilfen und auch zur assistierten Ausbildung geht. Wir wollen auch für die geflüchteten jungen Leute eine vollwertige Berufsausbildung in Berlin. Hierfür setzt sich die Berliner CDA ein. Für Toleranz und Integration, gegen Rassismus und Ausgrenzung. Das ist unser Leitbild in der Flüchtlingspolitik.

Elke Hannack

Am 18. September: dreimal CDU wählen



Auch in der Innenstadt preisgünstig wohnen

Berlin ist eine boomende Metropole – immer mehr Menschen zieht es in unsere schöne Stadt. Das ist wunderbar – bringt aber leider auch ein paar Probleme mit sich. Wohnraum wird zunehmend knapp und damit auch teurer. Das macht sich leider besonders in den innerstädtischen Bezirken bemerkbar, die zudem kaum noch Flächen haben, auf denen neue Wohnungen entstehen können. Nicht das nicht gebaut würde – die hohen Grundstücks- und Baukosten führen aber dazu, dass private Bauträger eher Eigentumswohnungen oder solche in gehobener Preisklasse erstellen, weil das lukrativer ist. Für Normalverdienende wird die Wohnungssuche daher immer schwieriger.

Die CDA Berlin hat schon früh auf diese Entwicklung hingewiesen und sich dafür eingesetzt, preisgünstigen Wohnraum auch innerhalb des S-Bahn-Rings zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Inzwischen haben Abgeordnetenhauses und Senat den richtigen Weg eingeschlagen: die verbliebenen (teil-) städtischen Wohnungsbaugesellschaften wurden gestärkt, u.a. dadurch, dass sie städtische Grundstücke zu besonders günstigen Konditionen erhalten können, wenn sie dafür preisgünstigen Wohnraum schaffen. Auch bei anderen Bauvorhaben können im Rahmen von entsprechenden Verträgen prozentuale Anteile für dieses Preissegment festgeschrieben werden. Ebenso kann mit dem Zweckentfremdungsverbotgesetz wieder gewerblich genutzter Wohnraum zu dauerhaftem Wohnen genutzt werden. Dies alles sind wichtige Instrumente um den Wohnungsmarkt zu entspannen.

Für uns gilt: Bezahlbarer Wohnraum muss in allen Bezirken für alle Einkommensgruppen zur Verfügung stehen. Wir wollen eine soziale Durchmischung in den Kiezen und keine Ghettabildungen oder verwaiste Innenstädte, in denen nur noch gewerbliche Nutzer die Mieten aufbringen können.

Dagmar König